

Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt

VON AYŞE ÇAĞLAR

Seit 2009 sind wir Zeugen einer Welle von urbanen Protesten in unterschiedlichen Teilen der Welt. Städte in Spanien und Griechenland, aber auch in Ägypten, der Türkei, Brasilien, Venezuela, Argentinien und Israel haben Aufstände und Besetzungen öffentlicher Räume erlebt. Dabei demonstrierten Menschen mit sehr unterschiedlichem Klassenhintergrund und differierenden politischen Überzeugungen gegen die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008, gegen die Austeritätsmaßnahmen in ihrem Gefolge sowie die Unterminierung von Rechten durch zunehmend autoritäre Regierungen. Sie protestierten gegen die massive Verschärfung von Ungleichheiten, ein schuldenfinanziertes Wirtschaftswachstum, steigende Lebensmittelpreise, hohe Bildungskosten, die Einhegung von Gemeingütern (*enclosure of the commons*) sowie gegen Privatisierungen. Diese „urbanen Unruhen“ und „Aufstände“ erzeugten den Eindruck einer weitverbreiteten „Rebellion“, die gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik aufbegehrt.



Gleichzeitig und besonders nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015 wurden viele Städte in Europa und den Vereinigten Staaten zu Schauplätzen von Mobilisierungen, bei denen Flüchtlinge und *Sans Papiers* eine zentrale Rolle spielten: ob im Kontext der Willkommensinitiativen oder von rechtsgerichteten

Protesten gegen die Anwesenheit von Flüchtlingen. Lassen wir letztere beiseite, so kamen heterogene Gruppen von Menschen mit unterschiedlichem rechtlichen Status zusammen, um gegen Rassismus, Xenophobie und Exklusionspraktiken zu demonstrieren und ihr Recht auf die Stadt über nationale Zugehörig-

keit und sozialen Status hinaus geltend zu machen.

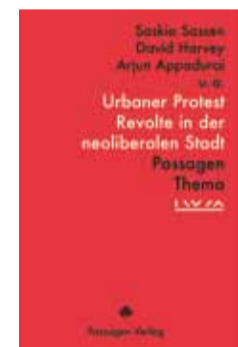
Die Beiträge des Sammelbandes *Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt* zeigen, dass die Stadt heute den herausragendsten Kontext und Text für die Entwicklung einer aufständischen Politik bildet. Die Autorinnen und Autoren un-

tersuchen Städte und globale Straßen als zentrale Orte des Kampfes, an denen neue Formen des Sozialen und des Politischen geschmiedet und Macht, Machtlosigkeit und Ermächtigung neu konfiguriert werden. Sie zeigen auf, wie urbane Proteste zentraler Bestandteil des politischen Terrains gegenwärtiger Politik geworden sind. ◀

Ayşe Çağlar, Herausgeberin und IWM Permanent Fellow

Ayşe Çağlar (Hg.)
*Urbaner Protest:
Revolte in der neoliberalen Stadt*
Wien: Passagen Verlag, 2019

Mit Beiträgen von **Arjun Appadurai**, **David Harvey**, **James Holston** (siehe Auszug unten), **Margit Mayer**, **Susanna Narotzky**, **Saskia Sassen**.



Metropolitane Rebellionen und die Stadt als Gemeingut

VON JAMES HOLSTON

Jacques Rancière und Mark Twain kombinierend möchte ich in vorliegendem Essay die These aufstellen, dass die Rede vom „Verschwinden der Politik“ reichlich übertrieben war. Manch aktueller Sozialtheoretiker behauptet, dass unser Zeitalter spezifisch „postpolitisch“ ist, da die neoliberale kapitalistische Welt einen Konsens über ihre Unausweichlichkeit herstellt. Historisch betrachtet trifft es gewiss zu, dass Strategien des Konsenses, der Entpolitisierung und der Naturalisierung die meisten, wenn nicht sämtliche Machtstrukturen hartnäckig prägen, und sich daher unsere Zeit nicht grundlegend von anderen unterscheidet. Wie Ethnographen und Historiker zu zeigen versuchen, haben solche Strategien jedoch nie vollkommene Hegemonien zur Folge. Manche Menschen bleiben unweigerlich außerhalb des Konsenses und oft, wenn auch nicht immer, rebellieren diese Ausgeschlossenen gegen ihre Ausschließung oder – in selteneren, aber signifikanteren Fällen – gegen den Konsens selbst.

Viel deutet darauf hin, dass wir in einer Zeit außergewöhnlicher, insbesondere urbaner Rebellionen leben, in der die Stadt einmal mehr

zum herausragendsten Ort einer dramatischen Ausweitung des politischen Lebens wird. Der Bereich des Politischen, auf den ich mich beziehe, ist die Stadt selbst, insbesondere Aktivitäten des *City-making* ihrer Bewohner, mit denen sie durch ihr Leben und Arbeiten die Stadt als soziales Kollektiv und materielles Produkt hervorbringen: als ein Gemeingut (*commons*). Das ist nicht der einzige Bereich des Politischen oder des Gemeinschaftens (*commoning*), doch ist das gemeinsame Erzeugen der Stadt heute insofern der größte und bedeutendste, als er weltweit hunderte Millionen von Stadtbewohnern einbezieht. In diesem Prozess werden sich die Bewohner oft ihrer Rechte und Pflichten in Bezug auf das von ihnen Geschaffene bewusst sowie de facto, wenn nicht *de jure*, auch der politischen Organisation der urbanen Bürgerschaft (*urban citizenship*), die aus ihrem gemeinsamen Handeln entsteht.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts war geprägt von einer bemerkenswerten Reihe metropolitane Rebellionen. In Buenos Aires behinderten in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren Piqueteros

den Verkehr und demonstrierten so angesichts einer überwältigenden ökonomischen Ausschließung neue soziale und politische Organisationsformen. Im Jahr 2000 blockierten rebellierende Bolivianer in Cochabamba bei ihrem Kampf ums Wasser die Stadtautobahnen, 2003 geschah dasselbe in El Alto im Zusammenhang mit der Gasversorgung. 2005 erhoben sich in den Pariser *banlieues* Jugendliche, die Autos in Brand steckten und sich der Polizei widersetzen. Protestierende gegen die Enteignungen des Kapitalismus besetzten überall die Arterien und Lungen der Städte, beginnend 2009 in Athen und Reykjavik, was sich in den Jahren 2010–2011 auf Tunis, Kairo, New York, Madrid und Oakland ausweitete, 2012 in Santiago de Chile und Phnom Penh zu eruptiven Ausbrüchen führte, bis sie schließlich über Istanbul und São Paulo 2013 sowie Caracas und Hongkong 2014 Anfang 2016 erneut Paris erreichten, wo die *Nuit Debout*-Bewegung entstand. Innerhalb von zirka zwei Jahrzehnten wurden unzählige weitere Städte weltweit von den Protesten erfasst.

Diese Aufstände prägten den Beginn des Jahrhunderts mit unver-

wechselbaren Aktionsformen, die einige Charakteristika teilen. Sie trafen die Stadt selbst – nicht wie in früheren Jahrhunderten eine Fabrik oder ein Regierungsgebäude, sondern die Räume des städtischen Verkehrs und der Versammlung, die mithilfe neuer Formen des Aufrufs besetzt und blockiert wurden. Häufig forderten die Protestierenden, dass der Staat bereits existierende Rechte erweitert. In vielen anderen Fällen aber wurde der Staat nicht aufgefordert, sein Verhalten zu ändern und seine Reichweite mit Mitteln der repräsentativen Demokratie zu vergrößern. Manche lehnten eine delegative Politik vielmehr ab und bestürmten den Staat mit alternativen Quellen und Konzeptionen von Rechten, welche aus ihrer Produktion des städtischen Lebens und ihren eigenen Prozessen des Versammelns und Beratens entsprangen. Sie forderten daher nicht die Inklusion in einen bereits legitimierte Herrschaftskonsens, sondern vielmehr die Anerkennung der Legitimität und Unausweichlichkeit von Rechten, die auf den eigenen Lebenskämpfen im Zuge des Erzeugens der Stadt beruhen und durch alternative Formen der politischen Versammlung geprägt sind. Solche

Forderungen wurden auch in anderen Epochen erhoben. Doch im beginnenden 21. Jahrhundert postulieren sie neue *Quellen, Maßstäbe und Subjekte* dessen, was als politisch legitimiert gilt – zum Beispiel die Fülle an Erfahrungen arbeitsloser Jugendlicher, alleinerziehender Mütter oder im Bereich urbaner Mobilität –, und rücken diese Legitimität nicht nur in den Fokus der Entwicklung neuer Gesetze, Planungen und Politiken, sondern formulieren sie als Kernaufgabe der Politik. ◀

Auszug aus dem Beitrag „Metropolitane Rebellionen und die Stadt als Gemeingut“, übersetzt von Markus Sedlaczek. Englische Originalfassung: *Metropolitan rebellions and the politics of commoning*, in: *Anthropological Theory* 19, Band 1, 2019.

James Holston ist Professor für Anthropologie an der University of California, Berkeley. Zu seinen Werken gehören u.a. *Cities and citizenship* (1999) und *Insurgent Citizenship: Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil* (2008).